



II-3930 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN
für Umwelt, Jugend und Familie
DKFM. RUTH FELDGRILL-ZANKEL

22. November 1991

A-1031 WIEN, DEN.....
RADEZKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58

Z. 70 0502/226-Pr.2/91

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

1608 IAB
1991 -11- 26
zu 1625 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Langthaler, Freunde und Freundinnen haben am 27. September 1991 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 1625/J betreffend Konzept-UVP gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Wie beurteilen Sie den EG-Richtlinienentwurf für Konzept-UVP?
2. Sollen Sie Ihren derzeitigen UVP-Gesetzesentwurf um die Konzept-UVP erweitern?
3. Wenn ja; warum nicht?
4. Finden Sie es nicht sinnvoll, wenn eine Konzept-UVP-Regelung gemacht werden soll, diese gleich in dem derzeit vorliegenden UVP-Gesetzesentwurf einzuarbeiten?
5. Wenn nein; warum nicht?
6. Wenn Sie, wie Ihre Vorgängerin die Konzept-UVP umweltpolitisch für notwendig erachten, warum wurde bis heute keine "unabhängige" Organisation mit einer Studie über die Konzept-UVP beauftragt?

- 2 -

7. Denken Sie daran eine derartige Studie in Auftrag zu geben?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Wenn ja; an welche Organisation und innerhalb welchen Zeitraumes?
10. Werden Sie die Erkenntnisse dieser Studie auch sogleich in den UVP-Gesetzesentwurf einarbeiten und werden Sie vor allem diesbezüglich mit den unabhängigen österreichischen Umweltinstitutionen zusammenarbeiten?
11. Wenn nein, warum nicht?
12. Wenn ja; wie sieht Ihr Zeitplan und Ihre Vorgangsweise dafür aus?
13. Ihr Gesetzesentwurf zur UVP wurde von fast allen Umweltorganisationen abgelehnt; welche Konsequenzen ziehen Sie als Umweltministerin daraus?

ad 1

Zur Ergänzung der seit dem Jahre 1985 in der EG bestehenden Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) wird derzeit in der EG ein Vorschlag für eine Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei Politiken, Plänen und Programmen diskutiert. Derzeit liegt jedoch noch kein offizieller Vorschlag der EG-Kommission vor, sondern lediglich Entwürfe der Generaldirektion XI, die jedoch sowohl innerhalb der Kommission als auch unter den Mitgliedsstaaten noch umstritten sind.

- 3 -

Grundsätzlich beurteile ich die mir bekannten Vorschläge für diese Richtlinie über die UVP bei Politiken, Plänen und Programmen als äußerst positiv, da ich sie als eine sinnvolle und notwendige Ergänzung zur bereits bewährten Projekt-UVP ansehe. Der mir bekannte letzte Vorschlag vom Juni 1991 bedarf für seine Umsetzbarkeit aber sicherlich noch einiger Klarstellungen und Konkretisierungen.

ad 2, 3 und 4

Die nunmehr dem Parlament vorgelegte Regierungsvorlage für ein Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz beschränkt sich vorerst auf die Regelung der sogenannten Projekt-UVP für konkrete Vorhaben im Rahmen bestehender Genehmigungsverfahren. Auf Grund der bestehenden Kompetenzlage im Bereich des Umweltschutzes und der divergierenden Interessenlagen zum Thema UVP hat die Verwirklichung dieses seit Jahren überfälligen Gesetzesvorhabens lange Zeit in Anspruch genommen. Ich halte es daher nicht für sehr sinnvoll, die dringend notwendige Verwirklichung einer umfassenden Prüfung der Umweltauswirkungen konkreter Vorhaben durch eine - sicherlich langdauernde - Diskussion um die Einführung einer Konzept-UVP weiter aufzuhalten. Einerseits fehlen in Österreich noch ausreichende Bestimmungen über die Erstellung vorausplanender Konzepte und andererseits können auf Grund der abstrakteren Natur von Politiken, Plänen und Programmen die bisher üblichen, für konkrete Vorhaben entwickelten Verfahren und Methoden der UVP nicht direkt auf die Konzept-UVP übertragen werden. In internationalen Gremien (z.B. der ECE und der EG) werden derzeit erst Verfahren und Methoden der Konzept-UVP erarbeitet. Ich werde mich natürlich auch möglichst rasch um eine gesetzliche Regelung der Konzept-UVP bemühen.

- 4 -

ad 6 bis 12

Neben den Recherchen, die von meinem Ressort zum Thema Konzept-UVP durchgeführt werden, wird von meinem Ressort derzeit auch ein vorliegender Projektantrag für eine umfassende Studie zum Thema Konzept-UVP geprüft. Die Erstellung einer Studie wie auch ihre Auswertung und Umsetzung in legislative Vorhaben wird jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen, sodaß eine Einarbeitung in die Regierungsvorlage für ein UVP-Gesetz wahrscheinlich nicht mehr möglich sein wird.

ad 13

Die teils negative Reaktion von Umweltorganisationen auf den UVP-Gesetzentwurf sind mir auf Grund der großen Bedeutung dieses Gesetzesvorhabens für den Umweltschutz nicht ganz erklärlich. Es ist daher die Information und Kommunikation mit den Umweltorganisationen zu erhöhen.

